

**Zusammengestellt für die Zeit
vom 4. März bis zum 26. Juni 2010**

**anlässlich der zusätzlichen Belastungen des Kreises
durch Forderungen des Kommunalen Schadensausgleichs,
die sich in den folgenden Jahren auf
mehrere Millionen Euro belaufen werden.**

Inzwischen wird deutlich, dass die Berater (Case & White) erst nach der entscheidenden Kreistags-sitzung den Landrat informiert haben! So zitiert die UeNa vom 25.6. ein Schreiben des amtierenden Landrats an Frau Beukelmann: „Die Berater haben die Verwaltung auf die Folgen des anstehenden KSA-Ausstieges noch vor der Beurkundung der Verträge im August 2009 informiert. Somit sollten ab dem Zeitpunkt der Information am **21. Juli 2009** die Folgen auch mit Benennung einer Größenordnung bekannt gewesen sein...“. Und in der Pinneberger Zeitung vom 26.6. heißt es: „Nach Informationen der Pinneberger Zeitung waren die Politiker vor der **entscheidenden Kreistagssitzung am 15. Juli vorigen Jahres** nicht ausreichend über die möglichen Haftungsansprüche an den Kommunalen Schadensausgleich (KSA) informiert ... Erst eine Woche später soll die Rechtsanwaltskanzlei White & Case die Verwaltung darüber informiert haben, dass hier ein "hoher einstelliger Millionenbetrag" fällig werden könnte.“

Der Anwalt von Case & White, Patrick Narr, beruft sich auf seine Verschwiegenheitspflicht gegenüber seinem Mandanten und äußert sich nicht öffentlich. Das ist zunächst einmal richtig. Aber der Mandant war nicht die Privatperson Grimme, sondern die Kreisverwaltung. Es ist also an der Kreisverwaltung dafür zu sorgen, dass ein Grimme sich nicht hinter der Verschwiegenheitspflicht eines Anwaltes verstecken kann.

Uetersener Nachrichten vom 04.03.2010 20:15

Kosten für Beratung rasant gestiegen

Von Sebastian Kimstädt

Transparenz. Der Kreistag beschließt bessere Kostenkontrolle. Pinneberg. Innerhalb von nur vier Jahren sind die Ausgaben des Kreises Pinneberg für externe Beratung nahezu explodiert. Seit 2005 bis heute stieg alleine im Bereich des Hochbaus die Summe der Honorare für Architekten und Gutachter von knapp 81000 Euro auf 698400 im vergangenen Jahr.

Angesichts dieses rasanten Anstiegs will der Kreistag jetzt für eine bessere Kostenkontrolle sorgen. CDU, FDP und Kreiswählergemeinschaft (KWGP) haben dazu im Kreistag jüngst einen Antrag beschlossen, der die Verwaltung stärker an die Kette legt, als bisher. Demnach muss der Landrat künftig über alle externen Beratungskosten ab 25000 Euro im Finanzausschuss Bericht erstatten. Beratungsverträge ab 100000 Euro sind dem Finanzausschuss zur Diskussion und Beschlussfassung vorzulegen. Um zu erkennen, wie viel Geld bereits für Beratung geflossen ist, sollen die Kosten zudem vierteljährlich in einem Bericht zusammengefasst werden.

„Der Bereich der Gutachterkosten muss transparenter gestaltet werden“, begründete die Vorsitzende der CDU-Fraktion, Heike Beukelmann, den Antrag.

Für die häufige und teure Inanspruchnahme externen Sachverständigen in den vergangenen Jahren gibt es allerdings eine nachvollziehbare Erklärung. Sowohl für die Planungen eines Neubaus der Kreisberufsschule in Pinneberg wie auch für die Sanierung des Ludwig-Meyn-Gymnasiums in Uetersen musste der Kreis Architekten und Gutachter einschalten. Hier flossen alleine 2009 Honorare an einzelne Büros in Höhe von bis zu 224000 Euro.

In den externen Beratungskosten von fast 700000 Euro sind aber nicht die Honorare enthalten, die im vergangenen Jahr an die Hamburger Warburgbank und Rechtsanwaltskanzlei „White & Case“ gezahlt worden sind. Die Banker und Juristen berieten den Kreis, gegen rund 200000 Euro, beim Teilverkauf der angeschlagenen Regio-Kliniken an die Sana AG.

Pinneberger Zeitung (Hamburger Abendblatt), 9.3.2010

Regio-Kliniken: Defizit wächst auf über zehn Millionen

Von Burkhard Fuchs

Medizinische Versorgungszentren und Pflegeeinrichtungen sind die großen Verlustbringer.

Kreis Pinneberg. Die Regio-Kliniken kommen nicht aus den negativen Schlagzeilen. Jetzt überrascht der neue Hauptgeschäftsführer Otto Melchert, den der neue Mehrheitseigner Sana an die Spitze der ehemaligen Kreiskliniken gesetzt hat, mit der Neuigkeit: "Das Defizit der Regio-Kliniken hat im Jahr 2009 die Zehn-Millionen-Euro-Grenze überschritten." Damit fällt der Verlust des 2300-Mitarbeiter Betriebes noch höher aus als im Krisenjahr 2008.

Diese schlechte Nachricht ist auch der Kreispolitik völlig neu. "Das ist ja Klasse!", sagt CDU-Fraktionschefin Heike Beukelmann mit ironischem Unterton. "Ich erwarte jetzt Aufklärung auf der nächsten Sitzung des Hauptausschusses." Hans-Peter Stahl (SPD), bis Ende des Jahres 2009 Mitglied im Aufsichtsrat der Regio-Kliniken, sagt: "Davon habe ich überhaupt noch nichts gehört. Uns wurde bis zuletzt versichert, das Defizit würde 2009 maximal sieben Millionen Euro betragen."

Melchert betont: "Auf den Kreis Pinneberg kommen keine zusätzlichen Forderungen zu. Diese Verluste muss jetzt der Betrieb abarbeiten. Dank Sana ist das auch möglich."

Aber warum konnte das Rekord-Defizit aus dem Jahr 2008, als der kreiseigene Klinikbetrieb 9,7 Millionen Euro Verlust machte, nochmals steigen?

Melchert sagt, der eigentliche Krankenhausbetrieb sei nicht daran schuld, der habe eine "schwarze Null" geschrieben. "Die Krankenhäuser sind stabil und laufen wirtschaftlich noch am besten." Die großen Verlustbringer seien demnach die Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) und die Pflegeeinrichtungen, mit denen sich die frühere Geschäftsführung zusätzliche Einnahmequellen beschaffen wollte. Doch dieser Expansionskurs war es wohl, der die Regio-Kliniken letztlich ins Schlingern brachte und zum Verkauf von 75 Prozent der Gesellschaftsanteile an die Sana AG führte.

Schön gerechnet seien die Verluste keineswegs, betont Melchert. Die bilanziellen Rückstellungen entsprächen genau den vorhandenen Risiken. "Wir haben die Risiken konsequent bewertet." Ob die Sana-Manager dies anders und vorsichtiger gemacht haben als es zuvor passiert sei, könne er nicht beurteilen.

Gleichwohl bleibt der neue Klinikchef zuversichtlich fürs laufende Jahr. "Unser Ziel ist es, in diesem Jahr eine schwarze Null zu erreichen, also keine Verluste mehr zu machen." Gelingen soll dies, indem die MVZ in Hamburg verkauft werden. Dies werde gerade aktiv beworben. Und in Itzehoe strebe man eine Kooperation mit den dortigen Kliniken an.

Die Belegung des Altenheims Elbmarsch in Elmshorn habe sich erheblich verbessert. Ein Teil sei geschlossen worden, so dass sich Kosten reduzieren und Einnahmen verbessern. "Da sind wir auf einem guten Weg."

Personell seien keine Veränderungen geplant. Melchert: "Wir müssen nur effizienter werden." Er weiß: "Die Mitarbeiter brauchen Ruhe. Seit Monaten hören sie nur schlechte Nachrichten, dabei strampeln sie sich jeden Tag für den Betrieb ab. Für sie wäre es wichtig, dass es jetzt mal wieder aufwärts geht."

Pinneberg ist nicht der einzige Klinik-Standort der Sana AG. Insgesamt zehn Kliniken mit 5000 Mitarbeitern und rund 90 000 Patienten im Jahr sowie sechs Altenheime betreibt die Sana in Rendsburg, Lübeck, Ostholstein und dem Kreis Pinneberg. Alle - bis auf Pinneberg - ohne Verluste, betont Hauptgeschäftsführer Melchert.

Pinneberger Zeitung (Hamburger Abendblatt), 1. April 2010, 06:00 Uhr

Grimme: Diskussion um Regio-Kliniken grenzte an Rufmord

In seiner Rückschau auf die sechseinhalb Jahre Amtszeit hat der scheidende Landrat - neben einer positiven Leistungsbilanz - auch Fehler eingeräumt. Insbesondere die Umstrukturierung der Krankenhäuser des Kreises brachte Probleme mit sich. Die Pinneberger Zeitung hat nachgefragt.

Kreis Pinneberg. Pinneberger Zeitung:

Was ist bei den Regio-Kliniken falsch gelaufen?

Landrat Wolfgang Grimme:

Bei dem Prozess der Sanierung und Restrukturierung der Kreis-Kliniken haben wir bis in das Jahr 2007 auf Basis eines gemeinsamen politischen Konsenses gehandelt und Maßnahmen umgesetzt. Es

war ausdrücklicher Wunsch der Politik, Aufgabengebiete zu konzentrieren. Der Bruch, an dem diese Gemeinsamkeit verlassen wurde, war die Verlagerung der Geburtsklinik von Elmshorn nach Pinneberg. Da fing es an, dass das Thema Regio-Kliniken politisiert wurde. Regio wurde Teil der machtpolitischen Agenda. Das hat etwas erzeugt, was eigentlich schlecht war: Seitdem herrschte für mich keine Vertrauenskultur mehr in den Beratungsgremien, und ich war davon getragen, bestimmte Sachverhalte nur im kleinen Kreis vorzutragen. Ende 2007/Anfang 2008 sind dann auch Fehler bei der Umsetzung gemacht worden. Heute wissen wir, dass es keine gute Idee war, ein MVZ in Hamburg aufzumachen. Da habe ich als Aufsichtsratsvorsitzender auch die Verantwortung mit zu tragen. Aber diese Fehler sind korrigierbar. Das Unternehmen hat keinen Schaden erlitten. Der Bürger hat keinen Nachteil gehabt. Die klinische Versorgung ist solide auf- und ausgebaut. Das zeigen die deutlich gestiegenen Patientenzahlen. Die Politik neigt immer dazu, einen Schuldigen zu finden, den man hängen kann.

Zuletzt wirkten Sie sehr angespannt und nervös. War das die Enttäuschung darüber, dass die CDU Sie fallen ließ? Oder hat Sie die öffentliche Diskussion in den letzten Monaten emotional so berührt?

Die Diskussion im dritten und vierten Quartal 2009 hat in Teilen jede Grenze von Stil und Anstand überschritten und war nicht weit vom Rufmord entfernt. Es macht dann schon ärgerlich, öffentlich der Lüge bezichtigt zu werden, obwohl es sachlich falsch ist. Gerade dann, wenn man wie ich einen persönlichen Wertekanon hat, bei dem Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit einen hohen Stellenwert besitzt. Damit ist nicht gemeint, dass man keine anderen Meinungen akzeptieren kann. Aber es ist nicht gerechtfertigt, dass Stil und Art der Auseinandersetzung sich zu persönlichen, rufmordartigen Angriffen hochschaukeln. Das fand ich nicht mehr witzig.

Würden Sie aus heutiger Sicht sagen, dass die Diskussion um den angeblich vorzeitig verlängerten Vertrag mit Klinikchef Alexander Schlick Ihnen bei den politischen Freunden das Genick gebrochen hat?

Bei den Freunden nicht, bei den Feinden vielleicht. Aber dieser Vertrag ist ja nicht verlängert worden.

Hätten Sie anders damit umgehen sollen?

In einem sachlichen Diskussionsumfeld ohne diese Presseberichte wäre das vielleicht möglich gewesen. Aber in dem sehr aufgeladenen und unsachlichem Umfeld war es wichtiger, die Interessen des Unternehmens, des Herrn Schlick und meine eigenen zu wahren, um mich selbst zu schützen. Deshalb habe ich bewusst entschieden, faktisch irrelevante Papiere, die keine Wirkung hatten, öffentlich nicht zu kommentieren.

Die Krise bei den Kliniken scheint Ihr Schicksal gewesen zu sein. Bei Ihrem Amtsantritt 2003 stand als eine der ersten Entscheidungen die Schließung des Krankenhauses in Uetersen auf der Tagesordnung. Zuletzt waren es die Millionen-Verluste. Wäre dies zu verhindern gewesen?

Die Schließung des Krankenhauses in Uetersen war zwingend und vernünftig. Und heute ist diese Struktur für den Regio-Verbund eine Perle. Die Verluste in den Jahren 2008 wären vermeidbar gewesen, wenn es keine unternehmerischen Fehler gegeben hätte. Aber die haben wir gemacht. Es ist nun mal eine Tatsache, dass der Gesundheitssektor gerade in der Metropolregion ein Wettbewerbsmarkt ist, in dem der Bürger frei wählen kann, welcher Arzt und welches Krankenhaus am besten zu seiner Diagnose passt. Wenn ich in so einem Markt agiere, kann ich Fehler machen, indem ich zum Beispiel die falschen Angebote habe oder die falschen Ärzte angestellt habe. Aber die Fehler bei Regio waren nicht tödlich, sondern lösbar. Das Problem war nur, dass der Kreis selber unfähig war, das Unternehmen mit dem notwendigen Kapital auszustatten, um einen Puffer zu haben

für unternehmerische Fehlentscheidungen. Am Ende waren die Fehler korrigierbar. Regio steht mittelfristig auf gesunden Beinen. Man brauchte aber dafür das Geld eines privaten Anbieters. Deshalb ist die Gesundheitsversorgung jetzt zum 31. März 2010 absolut stabil. Das war 2003 nicht der Fall. Wir haben drei gesunde Standorte, die mehr Leistungen anbieten als zuvor. Wir haben das Hospiz ausgebaut. Ich bin überzeugt davon, dass in zehn Jahren kein Hahn mehr danach krähen wird, dass Regio nur noch zu 25 Prozent in öffentlicher Hand ist.

Können Sie nachvollziehen, dass viele Bürger den Verkauf der Regio-Kliniken an die Sana AG für falsch halten?

Ich weiß nicht, ob das so stimmt.

Denken Sie an die mehr als 20 000 Unterschriften, die beinahe einen Bürgerentscheid dagegen ausgelöst hätten.

20 000 von 300 000 Bürgern - noch dazu mit falsch dargestellten Fakten. Das hätten wir nur herausfinden können, wenn es die Direktwahl noch gegeben hätte. Entscheidend ist doch für die Bürger, dass die Qualität der klinischen Versorgung gegeben ist. Das muss nur wie bei der GeWoGe sozial verträglich ablaufen. Und da sehen wir ja, wie prima das klappt. Der Kreis hatte mit den Wohnungen nie schwarze Zahlen geschrieben. Und wer heute durch die Quartiere fährt, sieht, was da geschaffen wurde. Der Maßstab darf doch nicht sein, wer Eigentümer ist, sondern die Frage: Stimmt die Qualität der medizinischen Versorgung. Da ist es doch nachrangig, wem der Betrieb gehört. Wenn wir dem Landesrechnungshof gefolgt wären, würde es heute den Klinikstandort Wedel nicht mehr geben. Diese 20 Millionen Euro, die Sana jetzt investiert, hätte sich der Kreis bei seinem Schuldenstand von 90 Millionen Euro nie leisten können. Ich frage mich immer, was da bewiesen werden soll. Finanziell hätte der Kreis allein nie dieser Verantwortung gerecht werden können. Im Lichte der Fakten wird inzwischen von vielen ja auch zugegeben, dass es gut war, an Sana zu verkaufen. Aber öffentlich kann man das ja nicht zugeben. Das verstößt ja gegen die politische Farbenlehre.

Hätte es eine andere Lösung geben können?

Selbstverständlich hätte der Kreis es auch weiterhin alleine machen können. Aber das wäre falsch gewesen. Der Kreis hätte auch in den Verbund mit Heide und Itzehoe treten können. Andere Optionen gibt es theoretisch immer. Aber sie waren nicht zielführend.

Wessen Idee war das Sale-and-lease-back-Geschäft, das 2008 die Klinik-Immobilien an zwei Kreditinstitute verkaufte und wieder zurückmietete für eine jährliche Jahresmiete von 8,6 Millionen Euro auf 25 Jahre?

Diese Finanzstruktur war ein Produkt langer Diskussionen zwischen dem Unternehmen und den finanzierenden Banken. Das kann man nicht an einer Person oder Institution festmachen. Das war ein langer Prozess auf der Suche nach der besten Finanzierung der Regio-Kliniken. Da spielte auch eine Rolle, dass der Kreis als alleiniger Eigentümer auch allein das Risiko zu tragen hatte. Und zu der Zeit war Sale-and-lease-back auch vertretbar, weil es seinerzeit die beste und günstigste Zinsstruktur hatte. Und es war auch gewollt, sich langfristig zu binden, um eine lange Planungssicherheit zu haben. Der Landesrechnungshof hat sich ja lange mit diesem Thema beschäftigt. Mal sehen, wie er sich endgültig dazu äußert.

Warum brachte das keine Wende, keinen positiven Kick für die Kliniken?

Wie soll ein Kredit eine positive Wende bringen? Das ist ja kein Allheilmittel.

Es ging um die Finanzierung des Hauses Elbmarsch, des Linksherzkatheders, der Geburtshilfe von Hospiz und Tagespsychiatrie. Wenn da einer gewesen wäre, der gesagt hätte: 'Hier habt ihr 20 Millionen Euro für euer Eigenkapital' - das wäre eine Hilfe gewesen. Aber dazu war der Kreis nicht in der Lage.

Das ist dann aber mit dem Risiko verbunden, dass einem die Puste ausgeht, wenn es schief läuft.

Eine Sana AG hat natürlich ganz andere Finanzierungsmöglichkeiten, die eine kommunale Gebietskörperschaft nicht hat. Diese Gesellschaft der privaten Krankenkassen kann mal eben ihr Eigenkapital um 200 Millionen Euro aufstocken. Da gibt es Instrumente der Kreditaufnahme, die man sich als Kommune gar nicht vorstellen kann. Und so ein Konzern kann sich auch die Kreditablösung leisten, wenn er dadurch drei Prozent Zinsen spart.

Hätte der Aufsichtsrat das Ruder früher herumreißen müssen?

Das Problem war, dass der Aufsichtsrat formal nicht handlungsfähig war, weil die Arbeitnehmervertreter noch nicht bestellt waren. Dadurch haben die Dinge länger gedauert als nötig und länger als ich es mir gewünscht hätte.

Interview: Burkhard Fuchs

Pinneberger Zeitung (Hamburger Abendblatt), 5. Mai 2010, 06:00 Uhr

Geschäftsführer Sprenger verlässt die Regio-Kliniken Direktor Jan Weygoldt künftig auch für Medizinische Versorgungszentren zuständig

Kreis Pinneberg. Mit der Übernahme der Regio-Kliniken durch den neuen Mehrheitsgesellschafter Sana AG sind nun auch die ersten personellen Veränderungen geschehen. Geschäftsführer Wolfgang Sprenger, 60, geht in den Vorruhestand. Und die Unternehmenssprecherin Susanne Eyrich, die auf eigenen Wunsch zum September gehen wollte, ist ab sofort freigestellt.

Für die Unternehmenskommunikation ist jetzt übergangsweise Konzernsprecherin Susanne Heintzmann zuständig. "Es sollte keine Lücke entstehen", sagt sie. Aber es werde nun jemand aus dem Kreis Pinneberg gesucht, der schon bald wieder die Rolle des Pressesprechers vor Ort unternimmt.

Sprenger ist seit 38 Jahren im Unternehmen und hatte bereits als 23-Jähriger den Übergang der städtischen Kliniken an den Kreis Pinneberg begleitet, würdigte Susanne Heintzmann sein Engagement für den Klinikbetrieb.

"Wolfgang Sprenger hat wirklich Tolles geleistet für die Regio-Kliniken. Er ist eine echte Krankenhaus-Persönlichkeit." Regio-Hauptgeschäftsführer Otto Melchert freut sich, dass Sprenger dem Unternehmen noch einige Zeit als Berater zur Seite stehen wird.

Das Führungsteam der Regio-Kliniken bekommt auch gleich Verstärkung aus den eigenen Reihen. Jan Weygoldt übernimmt ab sofort zu seinem Verantwortungsbereich als kaufmännischer Direktor der Rehabilitationszentren in Pinneberg und Schenefeld die Leitung der Regio MVZ GmbH. Als deren neuer kaufmännischer Leiter und Prokurist betreut er die erforderliche Konsolidierung und Weiterentwicklung der Medizinischen Versorgungszentren in der Region.(bf/man)

Uetersener Nachrichten vom 11.06.2010 22:07

„Nicht mehr rekonstruierbar“

Von Sebastian Kimstädt

Regio-Kliniken. Beteiligungsmanagement beim Kreis offenbar nicht eingebunden. Pinneberg. Bei der Neufinanzierung der Regio-Kliniken (Sale-and-Lease-Back) vor zwei Jahren, war die Kreisverwaltung offenbar nur ungenügend eingebunden. Das belegt die Antwort auf eine Anfrage des SPD-Kreistagsabgeordneten und ehemaligen Klinik-Aufsichtsrat Hans-Peter Stahl.

Anlass von Stahls Anfrage war die Stellungnahme des Kreises zu dem Bericht des Landesrechnungshofes über das umstrittene Sale-and-Lease-Back-Verfahren. Der Abgeordnete bemängelt, dass sich der Kreis in der Stellungnahme kaum mit der Kritik der Rechnungsprüfer auseinandersetzt und wollte wissen, ob die von den Prüfern aufgelisteten Mängel tatsächlich bestanden.

Die Antwort der Verwaltung verblüffte selbst alte Politikhasen. Obwohl der Kreis Pinneberg damals alleiniger Gesellschafter der Regio-Kliniken war, wurde das zuständige Beteiligungsmanagement der Kreisverwaltung nicht in die Planungen für das Sale-and-Lease-Back-Verfahren eingebunden. Und zwar „zu keinem Zeitpunkt“, wie es in einem Brief von Landrat Oliver Stolz an Stahl heißt. Die Klinik-Geschäftsführung hat die Neufinanzierung laut Stolz eigenständig kalkuliert, gesteuert und mit den Banken verhandelt.

Das macht auch die Beantwortung der anderen Fragen von Hans-Peter Stahl schwierig. Denn offenbar wurden die Verhandlungen nicht vernünftig dokumentiert. „Da hier inzwischen die verantwortlichen Ansprechpartner jedoch nicht mehr verfügbar sind, stoßen wir in der Recherche interner Abläufe und Informationen auf Grenzen,“ so Stolz. „Hintergründe“ seien „leider nicht mehr rekonstruierbar“.

Wer diese „Ansprechpartner“ sind, lässt Stolz offen. Wahrscheinlich sind aber Ex-Klinik-Geschäftsführer Alexander Schlick und Stolz' Vorgänger Wolfgang Grimme gemeint. Grimme war damals als Landrat Aufsichtsratsvorsitzender der Regio-Kliniken und dürfte bereits frühzeitig über die Pläne der Geschäftsführung für das neue Leasingmodell eingebunden gewesen sein.

Belege gibt es dafür zwar keine. Beobachter und Insider berichten jedoch, dass sich Grimme hat laufend unterrichten lassen. Warum er dann aber keine Aktennotizen anlegte, ist unklar. Die Politik selber wurde erst im Juli 2008 in die Pläne für das Leasingmodell eingeweiht. Zu dem Zeitpunkt hatte die Geschäftsführung aber erste wichtige Weichen für einen Verkauf der drei Krankenhäuser in Pinneberg, Elmshorn und Wedel und den späteren Rückkauf bereits gestellt. Die Leasingverträge waren am 30. Juni unter Vorbehalt abgeschlossen worden. Kommanditanteile für die spätere Gesellschaft, von der aus das Leasinggeschäft verwaltet werden sollten, wurden von den Klinik-Chefs bereits am 10. Juni 2008 gekauft.

Pinneberger Tageblatt, 11.6.2010

Vertrags-Tücken: Regio fordert 850 000 Euro vom Kreis

PINNEBERG. Der Kaufvertrag zwischen dem Kreis Pinneberg und Sana, mit dem der Kreis die Anteilsmehrheit an den Regio-Kliniken an den Gesundheitskonzern abgestoßen hat, steckt anscheinend noch voller Fallstricke. Und die kommen dem Kreis teuer zu stehen. Wie gestern bekannt wurde, hatte Landrat Oliver Stolz die Kreistags-Fraktionsspitzen zu einem Krisengespräch

geladen. Denn er hatte eine Hiobsbotschaft zu überbringen, die den eh arg gebeutelten Etat weiter belastet. Sana fordert eine Zahlung von 850 000 Euro - zu überweisen innerhalb von vier Tagen.

Die Politiker fielen nach Informationen unserer Zeitung aus allen Wolken. Denn mit so etwas hatte niemand gerechnet. Das Geld, das Sana vom Kreis haben möchte, ist eine Forderung des Kommunalen Schadensausgleichs, der beispielsweise auch für Kunstfehler von Ärzten aufkommt, die allerdings schon seit März bei Sana vorliegen soll. In der Vergangenheit haben die Regio-Kliniken, als sie noch zu 100 Prozent in öffentlicher Hand waren, nach Informationen unserer Zeitung jährlich eine Million Euro an die Versicherung überwiesen. Beim Kommunalen Schadensausgleich handelt es sich um ein Umlage-System. Sind die Auslagen höher, wird der Mehrbedarf unter allen Mitgliedern aufgeteilt.

Und genau das sind die 850 000 Euro, die der Schadensausgleich Regio in Rechnung gestellt hat. Doch der Klinik-Betreiber muss nicht zahlen. Ein Passus im Kaufvertrag hält Sana für alle Forderungen, die noch in die Zeit vor dem Verkauf zurückgreifen, schadlos. Das war den Politikern anscheinend nicht klar. Sie gingen davon aus, dass nur im Falle tatsächlich entstandener Schäden der Kreis in Regress genommen werden kann. Deshalb fühlen sie sich insbesondere von den White-and-Case-Anwälten, die den Regio-Verkauf begleitet haben, schlecht beraten. "Die werden sich einigen kritischen Fragen zu stellen haben", hieß es aus Politikerkreisen. Anwälte sollen bereits eingeschaltet worden sein.

Die Vier-Tage-Frist für die Zahlung der 850 000 Euro soll Sana bereits gelockert haben. Aber: "Die Forderung besteht. Wir werden jetzt mit Sana nach einer partnerschaftlichen Lösung suchen", sagte Kreis-Pressesprecher Marc Trampe im Gespräch mit unserer Zeitung.

Pinneberger Zeitung (Hamburger Abendblatt), 12.6.2010

Klinikverkauf wird den Kreis Millionen kosten Politik und Verwaltung von Nachforderung der Kommunalversicherung überrascht

Kreis Pinneberg. Der marode Haushalt des Kreises Pinneberg wird durch ungeahnte Forderungen noch stärker belastet. Der Gesundheitskonzern Sana AG, Wunschpartner und jetzt Mehrheitseigner der Regio-Kliniken, hat eine Rechnung in Höhe von 850 000 Euro geschickt. Und weitere könnten folgen. Die Politiker lassen jetzt prüfen, ob sie bei den Verkaufsverhandlungen von den Anwälten der Kanzlei White & Case schlecht beraten worden sind.

Das Problem: Die Kliniken waren bis zum Verkauf im Herbst vorigen Jahres in der öffentlichen Haftpflichtversicherung, dem Kommunalen Schadensausgleich. Dieser arbeitet mit Umlagen, um alle Kosten abzudecken. Wenn dann irgendwo in der Republik Regressforderungen wegen ärztlicher Fehler bezahlt werden müssen, werden alle Mitglieder zur Kasse gebeten - die Kliniken am stärksten, da sie aufgrund von Operationen die höchsten Risiken tragen.

"Und diese Forderungen werden verrentet", sagt Thomas Giese, Fraktionsvorsitzender der Grünen. Deshalb wird der Kreis Pinneberg auch in den Folgejahren zahlen müssen. "Wann das zu Ende ist, kann uns niemand sagen", sagt der Grüne, dessen Fraktion den Teilverkauf vehement abgelehnt hatte.

Giese fühlt sich wie die die Fraktionsvorsitzenden von CDU und SPD, Heike Beukelmann und Hannes Birke, unzureichend über die möglichen Risiken aufgeklärt. Auf Nachfrage sei zwar während der Verhandlungen mitgeteilt worden, dass der Kreis als Hauptgesellschafter für mögliche

Nachforderungen des Kommunalen Schadensausgleichs aufkommen müsse. Doch wie hoch dieses Risiko sei, hätten weder der ehemalige Landrat Wolfgang Grimme noch die Anwälte erläutert. "Das schockt mich", sagt Heike Beukelmann.

"Diese Teilprivatisierung ist doch nicht neu erfunden worden. Mit anderen Krankenhäusern gab es doch ähnliche Verträge", wettet die CDU-Sprecherin. Die ehrenamtlichen Politiker hätten auf diese Konsequenzen hingewiesen werden müssen. Im Blickpunkt der Kritiker sind die Juristen, die nach eigenen Angaben aufgrund vielfältiger Aufträge "ein gut eingespieltes Team" mit dem Kreis Pinneberg bilden. Heike Beukelmann sieht das nicht mehr ganz so positiv. Sie sagt: "Wir haben uns teure anwaltliche Hilfe eingekauft, von der ich eine solide Beratung erwartet habe."

Patrick Narr, einer der Anwälte, die für White & Case die Verhandlungen begleitet haben, lehnte eine Stellungnahme mit Verweis auf Vertraulichkeit ab. Otto Melchert, Geschäftsführer des Mehrheitseigners Sana AG, bedauert: "Das ist vertraglich so geregelt worden. Die Forderung ist eindeutig." Beide Seiten seien sich einig gewesen, dass der Kreis für alle Forderungen, die sich aus seiner Zeit als Klinik-Eigner ergeben, aufkommen muss. "Wir sollten frei von den Lasten der Vergangenheit sein, um in die Zukunft des Unternehmens investieren zu können." Er sei jedoch zu Gesprächen mit dem Kreis über die Zahlungsmodalitäten bereit. "Wir haben die Forderung bereits beglichen. Wir bestehen aber nicht darauf, dass der Kreis sofort an uns zahlt." Bei anderen Käufen habe Sana sich bereit erklärt, für die Lasten aus der Vergangenheit aufzukommen. Melchert: "Dann haben wir den Kaufpreis jedoch gemindert."

Der neue Landrat Oliver Stolz hält sich mit Schuldzuweisungen zurück. Sein Pressesprecher Marc Trampe sagt: "Wir werden gemeinsam mit Sana eine vernünftige Lösung erarbeiten."

Pinneberger Zeitung (Hamburger Abendblatt), 24.6.2010

Kliniken ein Fass ohne Boden

Millionenzahlungen drohen. Kreispolitiker erwägen Schadensersatzklage gegen ehemaligen Landrat Wolfgang Grimme

Kreis Pinneberg. Muss der hoch verschuldete Kreis Pinneberg in den nächsten Jahren noch eine Summe im hohen einstelligen Millionenbereich an die zum großen Teil verkauften Regio-Kliniken bezahlen? Wurde die Kreispolitik von der Verwaltungsspitze nicht umfassend über mögliche Haftungsrisiken für Behandlungsfehler in den Kreis-Kliniken informiert? Und hat der neue Mehrheitsgesellschafter, die Sana AG, dies bei den Verkaufsverhandlungen vor einem Jahr für sich ausgenutzt? Fragen über Fragen, die zurzeit in den Kreistagsfraktionen heftig diskutiert werden. Sogar eine Schadensersatzklage gegen den ehemaligen Landrat Wolfgang Grimme wird inzwischen von Politikern erwogen.

Aus allen Wolken gefallen seien sie, beteuern alle Seiten, als der neue Landrat Oliver Stolz den Kreistagsfraktionen vor zwei Wochen die Hiobsbotschaft übermittelte: Trotz des Verkaufs von 75 Prozent der Regio-Klinik-Anteile an Sana müsse der Kreis Pinneberg noch 844 000 Euro für das Jahr 2009 an den kommunalen Schadensausgleich (KSA) zahlen. Die zu Beginn des Jahres 2009 geleistete Vorauszahlung reichte nicht aus, um alle aufgelaufenen Haftungsansprüche für Behandlungsfehler abzudecken. Damit hatte niemand gerechnet. Dass es diese vertraglich mit Sana zu Ungunsten des Kreises vereinbarte "Altlast" gebe, auch wenn der Kreis zum 16. Dezember 2009 als Mitglied aus dem KSA ausgeschieden ist, sei in den Beratungen angesprochen worden, erinnert sich CDU-Fraktionsvorsitzende Heike Beukelmann an die Zeit vor den Kreistagsbeschluss vom 15. Juli vorigen Jahres. "Aber wir sind in keiner Weise über Höhe, Umfang und Folgen möglicher

Zahlungen informiert worden. Es wurde uns gesagt, das Risiko sei vernachlässigbar." Als ehrenamtliche Politiker seien sie darauf angewiesen, gut und umfassend informiert zu werden.

Doch offenbar ist das nicht geschehen. Die Kreisverwaltung ließ jetzt mitteilen, dass die seinerzeit eingeschaltete Rechtsanwaltskanzlei White & Case sehr wohl "vor der Beurkundung des Anteilskaufvertrages auf die Folgen der entsprechenden Freistellungsklausel im Vertrag aufmerksam gemacht hat." Und weiter: "Die Forderung war bereits zum Zeitpunkt der Kreistagsentscheidung dem Grunde, aber nicht der Höhe nach bekannt. Nach bisherigen Erkenntnissen hat danach keine weiterführende Information der Verwaltung an die politischen Gremien stattgefunden."

CDU-Fraktionschefin Beukelmann hält es inzwischen für möglich, "dass wir von Landrat Grimme nicht umfassend informiert worden sind". Von vertraulichen Zirkeln, wie die SPD argwöhnt, denen Grimme dieses Risiko vielleicht doch in kleiner Runde offenbart hätte, wisse sie nichts, beteuert Beukelmann. "Mit mir hat er speziell zu diesem Punkt nicht ein Wort gesprochen." Und CDU-Vizefraktionschef Michael Hirsekorn sagt: "Das ist doch von Grimme durch den Kreistag gehetzt, geprügelt und gepeitscht worden." Dabei hätte ein Anruf bei der KSA in Kiel genügt, um sich über die möglichen Risiken zu informieren.

KSA-Geschäftsführer Mathias Banck umriss gestern im Gespräch mit der Pinneberger Zeitung, welche Zahlungsforderungen noch auf den Kreis zukommen könnten. "Die Schadensentwicklung bei den Krankenhäusern ist katastrophal", sagt Banck, der noch sechs weitere kommunal geführte Kliniken in Schleswig-Holstein betreut.

Kosten für den Schadensausgleich sind regelrecht explodiert

Die Kosten seien inzwischen so explodiert, dass Schadensausgleichskassen in anderen Bundesländern mit ausscheidenden Mitgliedern Abfindungszahlungen vereinbarten, die "dem sieben- bis achtfachen der letzten Jahresumlage entsprechen", um sich aus den Haftungsansprüchen für die Zukunft herauszukaufen. Diese Formel angewendet auf den Kreis Pinneberg würde bedeuten, dass dieser noch bis zu sieben Millionen Euro an Sana beziehungsweise KSA zu zahlen hätte. Die Schadensfälle könnten noch jahrzehntelang andauern, erklärt Banck. "Wir haben Rentenfälle, die bis zu 50 Jahre alt sind."

Überraschend sei dies zumindest für eine Seite nicht gewesen, sagt der KSA-Chef. "Sana wusste das. Das hatten wir gerade mit Sana bei einem anderen Krankenhaus im Land durchexerziert, das sie übernommen haben." Dort sei aber das Folge-Risiko vertraglich auf Sana abgewälzt worden.

Pinneberger Zeitung (Hamburger Abendblatt), 24.6.2010

In Lübeck und Ostholstein übernahm Sana die Umlage

Die Kreisträgerschaft der Regio-Kliniken endete am 16. Dezember 2009. Ab dann greift bei Schadensfällen das Versicherungssystem der Sana AG, sagt Sprecherin Susanne Heintzmann.

Behandlungsfehler, die davor in den Kreis-Kliniken geschehen sind, obliegen dem Kreis Pinneberg. Pro Jahr wurden da 750 000 bis 850 000 Euro fällig. So ist es vertraglich vereinbart.

Die Übernahme der Kliniken Lübeck 2002 und Ostholstein 2004 zeigt aber, dass es auch anders geht: Dort wurde "die KSA-Umlage von Sana übernommen. Der Preis fiel entsprechend niedriger aus." 10,1 Millionen Euro für Lübeck und 24 Millionen für Ostholstein. (bf)

Uetersener Nachrichten, 25.6.2010

Regio-Kliniken: Ein Fass ohne Boden für den Kreis Pinneberg

Von Sebastian Kimstädt

Dilemma. Landrat sucht nun das Gespräch mit der Geschäftsleitung. Pinneberg. Die Regio-Kliniken entwickeln sich für den Kreis Pinneberg zu einem Fass ohne Boden. Die Forderungen aus dem Kommunalen Schadensausgleich (KSA) dürften sich mittlerweile auf mehrere Millionen Euro belaufen. Die genaue Höhe ist aber unklar.

Die Kreisverwaltung kann keine belastbaren Zahlen liefern. Weder gegenüber der Öffentlichkeit, noch gegenüber dem Hauptausschuss. In der Antwort auf die Anfrage der CDU-Fraktionsvorsitzenden Heike Beukelmann zum Thema KSA, die den UeNa vorliegt, beziffert Landrat Oliver Stolz die Belastungen „unverbindlich“ auf einen „hohen einstelligen Millionenbetrag“.

Insider schätzen die Forderungen auf sieben bis acht Millionen Euro. Das wäre ungefähr die Summe, die der Kommunale Schadensausgleich für die einmalige Ablösung aller Nachhaftungsansprüche dem Kreis in Rechnung stellen würde.

In der Kreisverwaltung bemüht man sich jetzt um Schadensbegrenzung. Der Landrat will sich am 5. Juli mit dem Hauptgeschäftsführer der Regio-Kliniken, Otto Melchert, treffen, „um im Zuge der partnerschaftlichen Gesellschafterkooperation hier mit der Sana Kliniken AG gemeinsam an einer Lösung zu arbeiten“, wie es in der Antwort an Beukelmann heißt.

Wie diese Lösung aussehen könnte, ist aber völlig unklar. Die Sana-Kliniken als Mehrheitsgesellschafter bei Regio dürfte nur wenig Interesse an einer Änderung des Vertrages haben. Die Übernahme der Nachhaftung war laut Schreiben der Kreisverwaltung für die Sana-Kliniken schon im vergangenen Jahr nicht verhandelbar. Und sie war den Kreispolitikern auch vor Vertragsabschluss bekannt. Allerdings nicht der Höhe nach. Zumindest Ex-Landrat Wolfgang Grimme dürfte jedoch über die Größenordnung der Nachhaftung spätestens ab dem 21. Juli Kenntnis gehabt haben.

In der Antwort auf die Beukelmann-Anfrage schreibt Grimmes Nachfolger Stolz: „Die Berater haben die Verwaltung auf die Folgen des anstehenden KSA-Ausstieges noch vor der Beurkundung der Verträge im August 2009 informiert. Somit sollten ab dem Zeitpunkt der Information am 21. Juli 2009 die Folgen auch mit Benennung einer Größenordnung bekannt gewesen sein.“

Die weitergehende Information der politischen Gremien lag bei der Verwaltung, da die Mandatsvereinbarung der Berater mit dem Kreis Pinneberg, vertreten durch den Landrat, bestand.“ Mögliche Überlegungen, seinen Vorgänger persönlich haftbar zu machen, schiebt Stolz in seiner Antwort gleich einen Riegel vor. Nach Einschätzung des neuen Landrates sei kein Vermögensschaden entstanden, weil Sana damals ohnehin nicht über die Nachhaftung habe verhandeln wollen. Komisch nur, dass der Konzern bei der Übernahme der Kliniken in Ostholstein den Kreis von etwaigen Forderungen aus dem KSA freigestellt hatte.

Landrat Oliver Stolz muss gut überlegen, wie er mit Regio-Geschäftsführer Otto Melchert eine nachträgliche Einigung über die Nachhaftung erzielen kann.

Pinneberger Zeitung (Hamburger Abendblatt), 26.6.2010

Über Risiken beim Klinikverkauf nicht informiert

Die Hintergründe, die zum Verkauf von rund 75 Prozent der Regio-Kliniken an die Sana AG führten, werden immer verworrener.

Kreis Pinneberg. Nach Informationen der Pinneberger Zeitung waren die Politiker vor der entscheidenden Kreistagssitzung am 15. Juli vorigen Jahres nicht ausreichend über die möglichen Haftungsansprüche an den Kommunalen Schadensausgleich (KSA) informiert.

Erst eine Woche später soll die Rechtsanwaltskanzlei White & Case die Verwaltung darüber informiert haben, dass hier ein "hoher einstelliger Millionenbetrag" fällig werden könnte. Dieser Hinweis soll unter anderem an den damaligen Landrat Wolfgang Grimme gegangen sein. Ob diese Information dann an die Kreispolitiker weitergegeben wurde, ist unklar. Patrick Narr, Fachanwalt der Kanzlei, verwies auf Nachfrage der Pinneberger Zeitung auf die "Verschwiegenheitspflicht gegenüber dem Mandatanten" und lehnte eine Stellungnahme zu den Vorwürfen ab. Auch ein möglicher Hinweis, die Haftungsansprüche seien nicht verhandelbar gewesen, bleibt unkommentiert.

Die Fraktionschefs Heike Beukelmann (CDU) und ihr Kollege Hannes Birke (SPD) versichern, dass sie von den möglichen hohen Folgezahlungen nichts gewusst hätten. Warum Grimme möglicherweise eine solche folgenreiche Information, die den Kreis noch teuer zu stehen kommen kann, nicht allen politischen Entscheidungsträgern zugänglich gemacht haben sollte, darüber kann nur spekuliert werden. Fest steht jedenfalls, dass davon unbehelligt einen Monat später der Kaufvertrag mit Sana notariell beurkundet worden ist.

Grimme war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.(bf/mra)

Regio wird zum Fass ohne Boden

Weitere Zahlungen an Versorgungsausgleich möglich

PINNEBERG Der Teilverkauf der angeblich vor der Pleitestehenden Pinneberger Regio-Kliniken sollte den Kreis Pinneberg finanziell eigentlich entlasten. Doch die ehe-

„Es ist nicht auszuschließen, dass auch in den kommenden Jahren mit Forderungen zu rechnen ist.“

Marc Trampe
Kreis-Pressesprecher

mals kommunale Krankenhausgesellschaft könnte sich zu einem Fass ohne Boden entwickeln. Denn bei den 850 000 Euro, die Sana als neuer Hauptgesellschafter der Regio-Kliniken dem Kreis

als Nachzahlung für den Kommunalen Versorgungsausgleich in Rechnung gestellt hat, wird es wohl nicht bleiben. „Solche Rechnungen können uns jedes Jahr erreichen“, fürchtet ein Kreispolitiker. Er soll Recht behalten.

„Es ist nicht auszuschließen, dass auch in den kommenden Jahren mit Forderungen zu rechnen ist. Diese werden aber tendenziell geringer als die jetzige sein“, sagte Kreis-Pressesprecher Marc Trampe auf Anfrage unserer Zeitung.

Wie berichtet, hatte Sana die Forderung des Schadensausgleichs – einem Umlagesystem – dem Kreis in Rechnung gestellt. Ein Passus im Kaufvertrag ermöglicht dies.

Thomas Klink

Nachricht

Regio-Kliniken: Kreis haftet



PINNEBERG
850 000 Euro hat Sana, Hauptgesellschafter der Regio-Klini-

ken, dem Kreis Pinneberg als Nachzahlung für den Kommunalen Versorgungsausgleich in Rechnung gestellt (wir berichteten). Dabei sollte der Teilverkauf den Kreis finanziell entlasten. Ein Passus in dem Dokument ermöglicht indes die Forderung des Schadensausgleichs: Politiker zeigten sich empört und fühlten sich von Rechtsanwaltskanzlei White & Case LLP schlecht beraten. Landrat **Oliver Stolz** (Foto) traf sich nun mit Vertretern der Sozietät und von M. M. Warburg & Co., die dem Kreis damals zur Seite standen. „Hiernach besteht Einigkeit darüber, dass White & Case LLP den Kreis Pinneberg vor der Beurkundung des Anteils-Kaufvertrages auf die Folgen der entsprechenden Freistellungsklausel informiert hat“, sagte Kreissprecher Marc Trampe. „Die Forderung war bereits zum Zeitpunkt der Kreistagsentscheidung dem Grunde, aber nicht der Höhe nach bekannt.“

Nach bisherigen Erkenntnissen habe danach keine weiterführende Information an die politischen Gremien stattgefunden. Für den Vorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion Helmut Birke sind „die skandalösen Vorgänge ein weiterer Beleg für die politische Verantwortungslosigkeit von CDU und FDP beim Verkauf der Kliniken.“ Als eine „Flucht vor dem eigenen Versagen“ bewertet der Sozialdemokrat „den Versuch, für die Nachforderungen von Sana den ehemaligen Landrat Dr. Wolfgang Grimme und die Rechtsanwälte verantwortlich zu machen.“ Ein Alleingang passe nicht zu Grimme. *gma*

Regio wird zum Fass ohne Boden

Weitere Zahlungen an Versorgungsausgleich möglich

PINNEBERG Der Teilverkauf der angeblich vor der Pleitestehenden Pinneberger Regio-Kliniken sollte den Kreis Pinneberg finanziell eigentlich entlasten. Doch die ehe-

„Es ist nicht auszuschließen, dass auch in den kommenden Jahren mit Forderungen zu rechnen ist.“

Marc Trampe
Kreis-Pressesprecher

mals kommunale Krankenhausesellschaft könnte sich zu einem Fass ohne Boden entwickeln. Denn bei den 850 000 Euro, die Sana als neuer Hauptgesellschafter der Regio-Kliniken dem Kreis

als Nachzahlung für den Kommunalen Versorgungsausgleich in Rechnung gestellt hat, wird es wohl nicht bleiben. „Solche Rechnungen können uns jedes Jahr erreichen“, fürchtet ein Kreispolitiker. Er soll Recht behalten.

„Es ist nicht auszuschließen, dass auch in den kommenden Jahren mit Forderungen zu rechnen ist. Diese werden aber tendenziell geringer als die jetzige sein“, sagte Kreis-Pressesprecher Marc Trampe auf Anfrage unserer Zeitung.

Wie berichtet, hatte Sana die Forderung des Schadensausgleichs – einem Umlagesystem – dem Kreis in Rechnung gestellt. Ein Passus im Kaufvertrag ermöglicht dies.

Thomas Klink

Nachricht

Regio-Kliniken: Kreis haftet



PINNEBERG
850 000 Euro hat Sana, Hauptgesellschafter der Regio-Klini-

ken, dem Kreis Pinneberg als Nachzahlung für den Kommunalen Versorgungsausgleich in Rechnung gestellt (wir berichteten). Dabei sollte der Teilverkauf den Kreis finanziell entlasten. Ein Passus in dem Dokument ermöglicht indes die Forderung des Schadensausgleichs: Politiker zeigten sich empört und fühlten sich von Rechtsanwaltskanzlei White & Case LLP schlecht beraten. Landrat **Oliver Stolz** (Foto) traf sich nun mit Vertretern der Sozietät und von M. M. Warburg & Co., die dem Kreis damals zur Seite standen. „Hiernach besteht Einigkeit darüber, dass White & Case LLP den Kreis Pinneberg vor der Beurkundung des Anteils-Kaufvertrages auf die Folgen der entsprechenden Freistellungsklausel informiert hat“, sagte Kreissprecher Marc Trampe. „Die Forderung war bereits zum Zeitpunkt der Kreistagsentscheidung dem Grunde, aber nicht der Höhe nach bekannt.“

Nach bisherigen Erkenntnissen habe danach keine weiterführende Information an die politischen Gremien stattgefunden. Für den Vorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion Helmut Birke sind „die skandalösen Vorgänge ein weiterer Beleg für die politische Verantwortungslosigkeit von CDU und FDP beim Verkauf der Kliniken.“ Als eine „Flucht vor dem eigenen Versagen“ bewertet der Sozialdemokrat „den Versuch, für die Nachforderungen von Sana den ehemaligen Landrat Dr. Wolfgang Grimme und die Rechtsanwälte verantwortlich zu machen.“ Ein Alleingang passe nicht zu Grimme. *gma*